Jeden Tag nach Hause.
Willkommen an Bord.
There's no better way to fly.
Lufthansa
A STAR ALLIANCE MEMBER

Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 22. Januar 2005 115. Jahrgang Nr. 31.494

Jeden Tag nach Hause.
Willkommen an Bord.
There's no better way to fly.
Lufthansa
A STAR ALLIANCE MEMBER

Randglossen

Um Entschuldigung bat Finanzse-kretär Guillermo Nielsen die italienischen Inhaber argentinischer Bonds in Default, die mit gewaltigem Kapitalschnitt, langen Karenz- und Tilgungsjahren sowie niedrigen Zinssätzen zur Umschuldung anstehen. Nielsen stellte sich italienischen Bankvertretern bei der Vorstellung der Umschuldung in Italien, wo eine wilde Opposition gegen sie vorherrscht. Geprellte Bondsinhaber, Bankiers und Politiker kritisieren die Umschuldungsofferte besonders heftig, während mehrere Richter bereits italienische Banken verdonnert haben, die Käufer der Bonds schadlos zu halten, weil sie letztere seinerzeit nicht genügend über die Risiken der hochverzinslichen Bonds unterrichtet hatten. Nielsens Entschuldigung namens der Regierung verändert freilich die Umschuldungsofferte überhaupt nicht, aber sie mag dazu beitragen, die erhitzten Gemüter zu beruhigen. Bisher hatten argentinische Regierungssprecher italienische Bondsinhaber und Banken beschuldigt, die Krise verursacht zu haben. Mit der Entschuldigung dürfte diese unnütze Aggressivität aufhören.

Die italienischen Kritiker der argen-tinischen Umschuldungsofferte pflegen freilich die damalige Gier hoher Zinsen der italienischen Sparer zu übersehen, die zur Zeichnung argentinischer Bonds führte. Italien war dem Euroraum beigetreten, wodurch die zweistelligen Zinssätze italienischer Staatsbonds in Lira etwa halbiert wurden, als sie in Euro ausgegeben wurden. Argentinien bot zweistellige Zinserträge an und die italienischen Sparer griffen zu, um die gleichen Zinssätze zu geniessen wie vor der Umstellung auf den Euro. Diese Zinsgier stellte sich später als verhängnisvoll heraus, als Argentinien ab September 2000 keine Bonds mehr in internationalen Kapitalmärkten auflegen konnte und folgerichtig fünf Quartale später Default anmeldete. Seit drei Jahren beziehen die Bondsinhaber keine Zinserträge und müssen künftig entweder den Kapitalverlust hinnehmen oder vor Gericht gehen. Penibel.

Die politische Immunität schützt nicht jeden Politiker. Oder anders gesagt, nicht jedes Land fühlt sich verpflichtet, sich an das Konzept der Unantastbarkeit der Politiker halten zu müssen. Dies erfuhr kürzlich der Außenminister Rafael Bielsa auf seinem eigenen Leibe bei einer Zwischenlandung in Miami, als er in der vergangenen Woche die argentinischen UN-Friedenstruppen in Haiti besuchen wollte. Nach einer Verzögerung des Fluges von New York nach Miami um sechs Stunden am Donnerstag vergangener Woche hatte Rafael Bielsa, der diese Zeit wie die anderen Passagiere am Bord verbringen musste, die Stewardess darum gebeten, das Flugzeug verlassen zu dürfen. Die Stewardess erklärte, darüber könne nur der Pilot entscheiden. Bielsa bat daraufhin um ein Gespräch. Der Pilot teilte dem Politiker per Funk mit, das Flugzeug würde in fünf Minuten starten. Das geschah dann auch. Es gab weder den Versuch, in das versiegelte Cockpit einzubrechen, noch eine Bedrohung des Piloten. Dennoch hatte der Wunsch des argentinischen Außenministers einen Sicherheitsalarm ausgelöst. Bei der Zwischenlandung in Miami wurde Rafael Bielsa aus dem Flugzeug geholt und von den US-Einwanderungsbeamten verhört. Das Gespräch, das nach Angaben eines Sicherheitsbeamten 10, nach Angaben Bielsas hingegen 50 Minuten dauerte, wurde auf eine "grobe und peinliche Weise geführt", beklagte sich der empörte Außenminister. Im Hotel angekommen, stellte Rafael Bielsa zu guter Letzt fest, sein Gepäck sei auch nicht von der Durchsuchung verschont geblieben. Man lernt also aus dem Vorfall: Verlange nie mit dem Piloten zu sprechen, da kennen die "Terrorbekämpfer" keine Freunde, nicht einmal Außenminister aus Ländern, die offiziell nicht der "Achse des Bösen" zugerechnet werden.

Kirchner traf sich mit Chirac

Staatsbesuch in Frankreich nach dem Beginn der letzten Umschuldungsphase

Buenos Aires (AT/AG) - Am Mittwoch landete Präsident Néstor Kirchner in Begleitung seiner Frau, Senatorin Cristina Fernández, mit einer Delegation, bestehend aus dem Kabinettsminister Alberto Fernández, dem Wirtschaftsminister Roberto Lavagna, dem Außenminister Rafael Bielsa, dem Planungsminister Julio De Vido, sowie den Gouverneuren der Provinz Buenos Aires, Felipe Solá, und der Provinz Santa Cruz, Sergio Acevedo, in Paris. Es war die erste Auslandsreise der argentinischen Politiker nach der Bekanntgabe der Umtauschaktion der Staatstitel in der vergangenen Woche.

Das erste Treffen war bereits für den Mittwochnachmittag vorgesehen. In einer prekären Situation - die argentinischen Behörden hatten den französischen Firmen „Suez" und „Electricité de France" gehörenden Unternehmen „Aguas Argentinas" und „Edenor" wegen Strom- und Wasserausfall in den letzten Wochen mit üppigen Bußgeldern belegt - traf sich der Planungsminister Julio De Vido mit der Führungsspitze der Gruppe „Suez". Das eigentliche Ziel waren die Verhandlungen über die Tariferhöhungen und Neuinvestitionen, doch musste der Planungsminister bald feststellen, dass der Dialog an einem toten Punkt angelangt ist. „Aguas Argentinas" forderte wegen der erlittenen Verluste bei der Umstellung der Verträge auf Pesos die um 60% höheren Einnahmen. Beide Seiten drohten mit der Auflösung der Kontrakte.

Die Verhandlungen mit den französischen Unternehmen war auch ein bestimmendes Thema während des Treffens der beiden Staatschefs am Donnerstagmorgen. Jacques Chirac nannte die Konflikte mit der Gruppe „Suez" „ein Steinchen im Schuh, dessen man sich entledigen sollte, um weitergehen zu können", und ermahnte Argentinien, sich in Wirtschaft und Handel an „klare Spielregeln" zu halten. Das Wachstum der argentinischen Wirtschaft und die Erholung des Landes nach der Krise seien aus der Sicht des französischen Staatschefs „außerordentlich". Er habe bereits Argentinien vor dem Internationalen Währungsfond in Schutz genommen und voller Überzeugung beteuert, dass sich das Land definitiv in einer Erholungsetappe befinde, erklärte Chirac. Darüber hinaus sagte er Argentinien bei den Verhandlungen mit den internationalen Finanzinstitutionen seine ausdrückliche Unterstützung zu.

Der französische Präsident gratulierte weiterhin Néstor Kirchner zu seinem Einsatz für die Bestrafung der menschenrechtlichen Delikte während des Militärregimes. Kirchner hatte umfangreiche Unterlagen dabei, die die Änderung der Gesetzeslage in Argentinien und die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen den Ex-Marineoffizier Alfredo Astiz dokumentieren, dem die Entführung und der Mord an zwei französischen Nonnen zur Last gelegt wird.

Nach dem Treffen mit dem französischen Präsidenten sprach Kirchner in einer Veranstaltung der Amerikanischen Entwicklungsbank (BID) und des Französischen Außenministeriums über die Bemühungen Argentiniens, die Auslandsschuld nach gegenwärtig vorhandenen Möglichkeiten zu begleichen.

Veto gegen Haushalt

Parteiinterne Querelen in der Provinz Buenos Aires finden kein Ende

Buenos Aires (AT/AG) - Nach einer Überlegungszeit von reichlich zwei Wochen und knapp vor dem Ablauf der gesetzlich vorgesehenen Frist legte der Gouverneur der Provinz Buenos Aires, Felipe Solá, am Montag gegen das kurz vor Jahreswechsel im Provinzparlament angenommene Haushaltsgesetz für das Jahr 2005 sein Veto ein. Damit tat er einen entschiedenen Schritt gegen die Änderungen des Gesetzes, die die Anhänger von Ex-Präsident Eduardo Duhalde im Provinzparlament durchgesetzt hatten.

Am 29. Dezember vergangenen Jahres hatte der Senat der Provinz, in dem 34 von insgesamt 53 Mitgliedern die Linie von Eduardo Duhalde vertreten, für die Änderung des von der Regierung Felipe Solás vorgeschlagenen Haushaltsgesetzes gestimmt. Zum wichtigsten Streitpunkt des neuen Gesetzes waren die Artikel 16 bis 19 geworden, die die besonderen Vollmachten des Gouverneurs betrafen. Seit Jahren sind diese Artikel Bestandteil des Haushaltsgesetzes der Provinz. Auch Eduardo Duhalde, seinerzeit Gouverneur der Provinz, genoss die gegenwärtig umstrittenen Ermächtigungen, Geldposten zu verteilen, ohne dass über diese Entscheidung im Parlement abgestimmt werden muss.

Weitere Änderungen des Haushaltsgesetzes betrafen die Budgeterhöhung für die Abgeordnetenkammer um 33 Mio. im Vergleich zum vergangenen Jahr und die Reduzierung der von Felipe Solá vorgesehenen Anzahl neuer Ämter in der Provinzregierung von über 14.000 auf 7000.

Am Montagmorgen traf sich der Provinzgouverneur mit seinem Ministerkabinett zu einer Beratungssitzung, auf der er seine Entscheidung mitteilte, gegen das verabschiedete Haushaltsgesetz ein Veto einzulegen. „Ich werde mich nicht zum Bajazzo machen lassen“, sagte Felipe Solá während der offiziellen Bekanntmachung seines Veto im Goldenen Salon. „Ich werde mich nicht auf die Clownerie einlassen und dem Haushaltsgesetz zustimmen, um danach drei-, vier- oder fünfhundert Gesetze vorzulegen.“ Nach dem im Dezember vergangenen Jahres verabschiedeten Haushaltsgesetz müsste der Provinzgouverneur zu jedem administrativen Akt die Zustimmung des Parlaments einholen.

In den letzten 30 Jahren habe niemand diese Vollmachten des Gouverneurs in Frage gestellt, sagte Felipe Solá. „Wozu wählt man einen Gouverneur, wenn nicht um einen vetrauenswürdigen Regierungschef zu haben“, kritisierte Solá indirekt die Bemühungen der Eduardo Duhalde nahestehenden Politiker, ihm Steine in den Weg zu legen.

Juan Garivoto, Präsident des justizialistischen Blocks im Provinzparlament, erklärte nach der Bekanntgabe des Veto, seitens des Gouverneurs habe es „Aktivitäten“ gegeben, die zum Vertrauensverlust geführt haben. Der Drahtzieher aus dem Hintergrund, Eduardo Duhalde, rief am selben Tag zur „Lösung der künstlich geschaffenen Probleme“ auf und zur Eindämmung der parteiinternen Streitigkeiten. Die Weiterbehandlung der Frage ruht, bis Felipe Solá wieder aus Paris zurückkehrt, wo er Präsident Néstor Kirchner auf seiner Reise begleitet.

Umsiedlung eines Elendsviertels

Stadtregierung lavriert zwischen Naturschutz und anspruchsvollem Bauprojekt

Buenos Aires (AT/AG) - Rodrigo Bueno, ein Elendsviertel, der den Namen eines populären Sängers trägt und am Rande des Naturschutzgebietes der Stadt Buenos Aires (Reserva Ecológica) liegt, wurde in den letzten Tagen zum Streitpunkt zwischen der Stadtregierung, den Stadtabgeordneten und verschiedenen Organisationen. Das lediglich aus vier Häuserblocks bestehende Viertel, in dem schätzungsweise 2000 Personen, vorwiegend Ausländer, leben, wird für äußerst gefährlich eingeschätzt. Die Stadtregierung mit dem Regierungschef Aníbal Ibarra an der Spitze plädiert für seine Umsiedlung.

Das Elendviertel bildet einen schmalen Streifen in der unmittelbaren Nähe des Naturschutzgebietes. Auf der anderen Seite befindet sich das Gelände, auf dem im Vorfeld der Olympischen Spiele 2004, für die sich Buenos Aires als Gastgeber beworben hatte, die Sportstadt Boca Juniors entstehen sollte. Gegenwärtig gehört das Gelände dem Konstruktionsunternehmen IRSA, das ein über 500 Mio. US-Dollar kostendes Projekt entworfen hat, einen exklusiven Stadtteil Santa María del Plata an der Stelle zu bauen. Das Elendsviertel Rodrigo Bueno ist dem Unternehmen ein Dorn im Auge.

Der Vizechef der Stadtregierung von Buenos Aires, Jorge Telerman, erklärte am Dienstag, das Elendsviertel würde umgesiedelt. Das von der armen Bevölkerung belegte Gelände solle dem Naturschutzgebiet „zurückgegeben“ werden und die dort lebenden 400 Familien würden eine menschenwürdige Unterkunft bekommen, kündigte Jorge Telerman an. „Wir werden keine gewalttätige Räumung vornehmen. Wir sind davon überzeugt, dass wir mit der Bevölkerung zur Übereinkunft kommen“, zeigte sich Telerman zuversichtlich.

Die Bevölkerung hingegen bevorzugt, an ihrem angestammten Wohnort zu bleiben. „Wir haben das Recht, in der Stadt zu leben“, sagte ein Einwohner des Elendsviertels. Drei Stadtabgeordnete, Sergio Molina, Daniel Betti und Fernando Cantero, beschlossen nach dem Besuch von Rodrigo Bueno ebenfalls, das Viertel solle nicht umgesiedelt, sondern in die Stadt integriert werden. „Dieses Viertel entstand dort, noch bevor das Naturschutzgebiet im Jahre 1986 gegründet wurde“, erklärte Sergio Molina. „Das Konflikpotenzial liefert in Wirklichkeit das geplante Viertel Santa María del Plata, das ein enormes Geschäft bedeutet, und nicht die Umwelt, wie die Stadtregierung argumentiert“, unterstrich der linke Politiker.

Jorge Telerman bestritt den von Molina hervorgehobenen Zusammenhang. Die Stadtregierung überprüft gegenwärtig die Umsiedlungsmöglichkeiten, angefangen mit den Krediten für den Wohnungskauf in einem frei gewählten Stadtteil bis zu Sozialwohnungen, die das Institut für Wohnraum in der Stadt bzw. in den Vororten von Buenos Aires bauen würde.

Mar del Plata verschönert sich

Buenos Aires (AT/AG) - In der Vorbereitungsphase auf den Amerikagipfel, der im kommenden November in Mar del Plata stattfinden wird, wurden in den letzten Tagen die ersten Schritte unternommen. Eine Kommission unter der Leitung von Gerardo Biritos aus dem Außenministerium, der mit der Organisation des Gipfels beauftragt ist, besuchte in der vergangenen Woche die Hotels, Krankenhäuser, Stadien sowie andere Institutionen des größten argentinischen Seekurorts, um sie auf die entsprechende Ausrüstung für die Aufnahme des internationalen Treffens zu überprüfen.

Im November werden sich in Mar del Plata 34 Staatschefs aus allen amerikanischen Ländern mit der Ausnahme von Kuba zum 4. Amerikagipfel treffen. Unter dem Motto „Neue Arbeitsplätze schaffen, um die Armut zu bekämpfen und die Demokratie zu stärken“ werden die süd- und nordamerikanischen Präsidenten über die Situation der Demokratie in Amerika und die schwerwiegendsten Probleme der Region wie Hungersnot, Analphabetismus und Krankheiten, diskutieren. Erwartet werden etwa 5500 Personen.

Die Besichtigung verschiedener Einrichtungen Mar del Platas brachte erfreuliche Ergebnisse. „Mar del Plata verfügt über eine sehr gute Infrastruktur“, äußerte sich Gerardo Biritos anerkennend. Das Hauptaugenmerk werde auf die Sicherheitsvorkehrungen gelegt. „Der Terrorismus ist das allerwichtigste Thema, und wir werden den Geheimdiensten einzelner Delegationen ihre Arbeit erleichtern, damit das Treffen erfolgreich absolviert werden kann“, unterstrich Biritos.

Als überaus zufriedenstellend wurden die Unterkunftsmöglichkeiten eingeschätzt. Drei Fünf-Sterne-Hotels werden eine Woche lang die Gäste der Veranstaltung beherbergen. Dazu werde das Hotel Provincial wiedereröffnet, in dem das Pressezentrum untergebracht werde bzw. einzelne Veranstaltungen stattfinden könnten, kündigte der Koordinator des Gipfels vor Ort, Aníbal Drago, an. Ausgebaut werden sollen hingegen die Start-und-Lande-Bahn des Flughafens sowie die Wartesäle und die wichtigsten Hauptstraßen. Die Ausbesserungsarbeiten auf den Strandpromenaden, die vor allem die Fußwege und die Beleuchtung betreffen, haben bereits angefangen.

WOCHENÜBERSICHT

Unfallwochenende

Insgesamt 15 Verkehrsunfälle mit tödlichem Ausgang wurden am vergangenen Wochenende auf den Straßen der Provinzen Buenos Aires, Córdoba, Catamarca und San Luis gemeldet. Der Schwerwiegendste ereignete sich in der Nähe der Stadt San Miguel del Monte in der Provinz Buenos Aires. Beim Zusammenstoß mit einem LKW, der 30 Tonnen Zement transportierte, kamen am Sonntagmorgen sechs Jugendliche, davon vier Minderjährige, ums Leben. Ein 18-Jähriger hatte von seinem Vater den frischerworbenen PKW geliehen bekommen, um zum ersten Mal mit seinen Freunden motorisiert auszugehen. Der LKW-Fahrer, dem der mehrfache Todschlag zur Last gelegt wird, wurde einem Alkoholtest unterzogen.

Allianz

Die Ex-Präsidenten Carlos Menem und Adolfo Rodríguez Saá, die bereits in den ersten Januartagen eine Allianz innerhalb der Justizialistischen Partei (PJ) angekündigt hatten, wollen sich am kommenden Dienstag in Potrero de los Funes, in der Provinz San Luis, treffen. In Potrero de los Funes werden sie einen Aufruf zu parteiinternen Wahlen unterschreiben, kündigten die beiden ehemaligen Staatschefs an.

Wiederaufgetaucht

Nach über vier Monaten zeigte sich der untergetauchte Führer der linksextremistischen Organisation „Quebracho“, Fernando Esteche, am Dienstag wieder in der Öffentlichkeit. Zuvor hatte vergangene Woche das Bundesgericht den Haftbefehl gegen ihn aufgehoben. Bundesrichter Juan José Galeano hatte den Haftbefehl nach der gewalttätigen Demonstration der „Quebracho“-Organisation am 31. August vergangenen Jahres während des Besuchs des neuen Chefs des Internationalen Währungsfonds, Rodrigo Rato, in Buenos Aires ausgesprochen. Er werde weiterh „gegen den Imperialismus“ kämpfen, erklärte Esteche.

Kriminalpolizei

Das Sekretariat für Innensicherheit gab am Mittwoch offiziell die erste Ausschreibung für die Ämter der neugegründeten Kriminalpolizei (DINIC) bekannt, die dem Sekretariat und dem Innenministerium unterstehen wird. Insgesamt 70 Ausbildungsstellen stehen für die Bewerbungen zur Verfügung. Nach den absolvierten Vorbereitungskursen würden etwa 50 Personen in den neuen Dienst übernommen. Die Gründung der Kriminalpolizei wurde bereits im Dezember 2001 per Gesetz beschlossen. Das Haushaltsgesetz für das Jahr 2005 sieht dafür 25 Mio. Pesos vor. Alberto Iribarne, Sekretär für Innensicherheit, unterstrich die Wichtigkeit der entsprechend ausgebildeten Sicherheits-Fachleute. Anfangs jedoch werden die Mitarbeiter der neuen Kriminalpolizei aus der Geheimpolizei, der Bundespolizei, der Küstenwache und der Grenzpolizei rekrutiert.

Stadtkodex

Am Sonnabend (heute) tritt der umstrittene Stadtkodex in Buenos Aires in Kraft. 15 neue Regeln sollen künftig für das Verhalten in der Stadt bindend sein, darunter das Verbot von Straßensex in der den Wohnumgebung sowie in der Nähe der Schulen und der Kirchen. Weitere Verbote richten sich gegen den Alkoholverkauf zwischen 23 und 8 Uhr mit der Ausnahme von Restaurants oder Diskos, die Störung von religiösen Zeremonien, das Aufhetzen von Tieren, wenn das eine Gefahr für Dritte bedeuten könnte und die Anwesenheit von Minderjährigen in nicht zugelassenen Räumen, darunter Diskotheken.

Gegen den Hunger

Im Kampf gegen den Hunger gab der Gesundheitsminister der Provinz Misiones, José Guccione, den Startschuss für ein neues Programm. Mittels einer Erfassung der Haushalte würden die Personen aufgespürt, die unter Unterernährung leiden. Ein weiterer Schritt sei die erforderliche medizinische Überwachung der Betroffenen. Für die Arbeit am Projekt wurden in den Vorbereitungskursen zwischen Juni und Oktober vergangenen Jahres rund tausend Mitarbeiter ausgebildet. Sie sollten zum verbindenden Glied zwischen der bedürftigen Bevölkerung und dem Gesundheitssystem werden. Am Projekt arbeiten außerdem 90 Ärzte. (AT/AG)

Justizialistische Querelen

Unmittelbar vor Ablauf der gesetzlichen Frist kündigte der Gouverneur der Provinz Buenos Aires, Felipe Solá, sein Veto des Haus-haltsgesetzes für 2005 an. Das war bisher nie geschehen. Haushaltsgesetze werden jerweils von den Legislativen der Nation, der Gliedstaaten und der Gemeinden auf Antrag der jeweiligen Exekutive verabschiedet, die sich um die Verwaltung der Staatsgelder kümmert.

Das Veto war die unmittelbare Folge einer klammheimlichen Rebellion der Justizialisten in der Provinz, die wahlpolitisch seit bald sechzig Jahren ihre Hochburg ist. Gouverneur Solá hatte Mitte Dezember 2004 eine parteiinterne Fraktion gegründet, die offenbar der mehrheitlichen Fraktion, die auf Expräsident Eduardo Duhalde hört, Paroli bieten sollte. Es geht dabei um die Aufstellung der Kandidatenlisten für die nationale Deputiertenkammer, die Provinzlegislative und die Gemeinderäte in 135 Kommunen der Provinz. Je nach der Position der Kandidaten in den Listen, genannt Betttuchlisten (Spanisch „listas sábana“), haben sie Aussicht auf Wahlämter, anderenfalls sie leer ausgehen. Hierüber hat das parteiinterne Gerangel offenbar schon begonnen, obwohl die Kandidatenlisten erst gegen Jahresmitte für die Wahlen am 23. Oktober aufgestellt werden.

Parteiboss Duhalde, der die Provinz acht Jahre lang regiert und mit seiner Schuldenmacherei in eine gewaltige Fiskalkrise gestürzt hatte, reagierte erbost auf den Schachzug von Solá, kündigte die Aufstellung einer eigenen Parteifraktion, genannt „Loyalität“, an und beeinflusste seine Mitarbeiter, das Haushaltsgesetz dergestalt zu reformieren, dass dem Gouverneur die Vollmachten aberkannt werden, die einzelnen Etatposten ohne Rückfrage bei der Legislative zu reformieren. Ausserdem wurden dem Gouverneur nur die Hälfte der angestrebten Neuernennungen von 14.165 Beamten zugestanden. Das geschah am 28. Dezember 2004, als gleichzeitig der Etatposten der Legislative um 33 Millionen Pesos zwecks Gehaltsaufbesserungen angehoben wurde. Letzteres wurde ohne Diskussion im Plenum verabschiedet und erst später bekannt, als die Presse darauf hinwies. Die Parlamentarier taten dann so, als ob sie davon nichts gewusst hätten. Ohne politisches Schamgefühl.

Ohne die Vollmachten, die seit zwanzig Jahren allen Gouverneuren zur Budgetverwaltung zugestanden worden waren, hätte die Provinzexekutive jede Etaänderung bei der Legislative zur Billigung einreichen müssen. Das hätte möglicherweise bis zu zweitausend Einzelgesetze erfordert, wie Gouverneur Solá entrüstet mitteilte, und hätte dazu geführt, dass die Provinz nicht mehr regierungsfähig geworden wäre. Er sei gewählt worden, um die Provinzregierung zu verwalten. Das ist Solá ziemlich gut gelungen, seit er nach dem vorzeitigen Rücktritt seines Vorgängers Carlos Ruckauf, mit dem Solá als Vizegouverneur gewählt worden war, ab 2002 die Provinz aus ihrer Fiskalkrise herausbrachte. Solá kümmerte sich um die Steuereintreibung, begrenzte die Ausgaben, refinanzierte die Schulden und konnte sogar neue Provinzbauten durchführen. Mit einem Haushalt von 17,1 Milliarden Pesos für 2005 ist die Provinz mit Abstand der fiskalisch grösste Gliedstaat im Lande.

Nach dem Veto des Haushaltsgesetzes für 2005 gilt der gleiche Haushalt von 2004, dessen Ausgaben um drei Milliarden Pesos geringer waren. Indessen darf der Gouverneur von den letztjährigen Vollmachten

freien Gebrauch machen. Die Legislative darf ihr Etat vorerst nicht um die gewünschten drei Millionen Pesos anheben.

Das Veto darf von der Legislative mit jeweils zwei Dritteln der Stimmen im Unter- und Oberhaus überstimmt werden. Hierüber soll im Februar verhandelt werden. Die Justizialisten können diese Mehrheit alleine nicht aufbringen, wobei die 19 Provinzdeputierten, die auf Solá hören, gegen 34 Duhalde-hörige Abgeordneten mit den 39 Parlamentariern anderer Parteien verhandeln müssen. Möglicherweise werden sie irgendwelche faule Kompromisse vereinbaren, geht es doch um das liebe Fiskalgeld, von dem alle Politiker leben.

Mit seinem Veto hat Gouverneur Solá gezeigt, dass er fähig ist, schwierige politische Entscheidungen zu treffen. Das hatte er schon als Landwirtschaftssekretär von Präsident Menem bewiesen, als er in achtjähriger besonders erfolgreicher Amtszeit unter anderem die Maul- und Klauenseuche ausrottete, genetisch verändertes Saatgut, zumal für Sojabohnen, zuliess und dazu beitrug, dass sich die Gesamternte von 35 Millionen auf 70 Millionen Tonnen verdoppelte. Davon lebt heute ganz Argentinien. Bei der Gouverneursnachfolge von 2007 darf Felipe Solá nicht kandidieren, nachdem er zwei Wahlperioden absolviert hat, die erste zur Hälfte als Vizegouverneur und die zwei als gewählter Gouverneur. Wie immer diese justizialistischen Querelen ausgehen mögen, auf jeden Fall hat Solá gezeigt, dass er regierungsfähig ist und sich nicht scheute, gegen die internen Parteigewaltigen Stellung zu beziehen.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der frei benannte Dollarkurs betrug Freitag nachmittags $ 2,96. Die Terminkurse betrugen zum 31.1. $ 2,950, 28.2. $ 2,960, 31.3. $ 2,970, 29.4. $ 2,980, 31.5. $ 2,990 und 30.6. $ 3,000.

***

Der Mervalindex fiel in der Berichtswoche zum Donnerstag um 2,1% auf 1.319,19, der Burcapindex um 1,2% auf 2.967,53 und der Börsenindex um 0,7% auf 55.016,61.

***

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) stieg in der Berichtswoche um 0,9% auf $ 1,9380.

***

Die Gold-, Devisen- und Anlagenreserven der ZB betrugen am 17.1.05 U$S 19,82 Mrd., der Banknotenumlauf $ 36,09 Mrd. Eine Woche zuvor waren es U$S 19,73 Mrd. bzw. $ 37,32 Mrd., einen Monat zuvor U$S 19,44 Mrd. bzw. $ 35,83 Mrd. und ein Jahr zuvor U$S 14,50 Mrd. bzw, $ 28,87 Mrd.

***

Der Deckungskoeffizient der Devisenreserven in Pesos zum Tageskurs, bezogen auf die monetäre Basis, betrug am 18.1.05 117,4%.

***

Mit Beschluss Nr. 1815 hat das Amt für Öffentliche Einnahmen die Bedingungen für die Befreiung gemeinnütziger Stiftungen von der Gewinnsteuer erhärtet. Die Anwärter auf die Steuerbefreiung, etwa 15.000, erhalten eine vorläufige Bestätigung. Die neuen Bedingungen fordern die Bestätigung des Wohnsitzes, eidesstattliche Erklärungen und die Anführung der Schenkungen, die die Körperschaft durchführt. Bei Nichterfüllung ist die Aufhebung der Steuerbefreiung und Nachzahlungsforderung vorgesehen.

***

34,9% aller über 65Jährigen, rd. 1,2 Mio. Menschen, haben weder Rente noch Pension. 01 waren es 29,5%, 1991 24,9%, wie die Beraterfirma Equis aufgrund von Angaben des Statistikamtes Indec errechnet hat. Die meisten Rentenlosen seien zwischen 65 und 69 Jahre alt. 1990 bis 04 nahm die Schwarzarbeit von 25,3% auf 48,5% aller im Abhängigkeitsverhältnis arbeitenden zu. Die Arbeitslosigkeit nahm von 6% der Erwerbsbevölkerung auf real (einschiesslich Sozialhilfeempfänger) auf 17,6% zu, die Unterbeschäftigung von 8,1% auf 15,2%.

***

Der Absatz von Landmaschinen erreichte 04 den Rekord von U$S 981 Mio., um 20% mehr als im Vorjahr. Das schliesst Traktoren, Ernte-, Aussaat-, Verpackungs-, Zerstäubungs- und andere Maschinen ein. Die Zahlen sind Angaben der AFAT Kammer entnommen, die nur die grösseren Traktoren- und Erntemaschinenhersteller anführt. 04 haben John Deere, Agco (Agco Allis & Massey Ferguson), CNH (Case & New Holand) und die argentinische Macrosa 2.507 Erntemaschinen und zusammen mit Valtra und Pauny 6.139 Traktoren verkauft. Das seien um 30,4% bzw. 52% mehr als 03, die fünfmal grösser als die Absätze 02 waren und den bis dahin Rekord von 1997 schlugen. Zu den 04 verkauften Maschinen müssten etwa 300 Traktoren der lokalen Tracsa und Marani-Agrinar, sowie über 600 Erntemaschinen von Roque Vasalli, Mariani-Agrinar, Bernardín und Claas gerechnet werden.

***

Die ZB hat Bedingungen für das Bankgeschäft gelockert. Mittels Mitteilung A 4248 wurde von der Mitteilung A 4061 der Teil abgeschafft, der fordert, dass 25% der Gründer oder Mitgründer einer Bank Befähigung und Erfahrung im Finanzgschäft ausweisen müssen. Statt dessen wird sie die ZB nach Paragraph 8 des Finanzanstaltsgesetzes bewerten. Von den Direktoren die die Bank leiten, müssen 80%, statt bisher 2/3, Erfahrung im Finanzgeschäft besitzen.

***

Der Kongress wird am 3.2.05 tagen, um u.a. die Gesetze zu verabschieden, mit denen Dieselöl statt mit 18,5% auf den Nettopreis vor Steuern mit 20,2% besteuert wird. 04 brachte diese Steuer $ 1,35 Mrd. ein. Auch wird die Regierung eine Vorlage zur vorübergehenden Befreing der Einfuhr von Dieselöl von Steuern und Gebühren einbringen. Die Regierung will damit über mehr Mittel für die Subvention des integrierten Eisenbahnfonds, des Kfz-Passagiertransports im Stadt- und Vorstadtgebiet, die dem Nationalstaat unterstehen, verfügen, sowie für Subventionen des Lkw-Frachtverkehrs. Das Gesetz muss nur noch vom Senat angenommen werden.

***

Die Regierung der Provinz Buenos Aires hat bei der Justiz die Sperrung von 230 Banksafes von grossen Steuerzahlern beantragt. Ausserdem wird in Mobiltelefonen von Steuerschuldnern grosser Beträge eine Tonaufnahme durchgegeben, die sie auf die Gefahren ihrer Lage aufmerksam macht.Die Aktion wendet sich an 35.000 säumige Steuerzahler, die u.a. 352.000 Immobilien, 80.000 Luxusfahrzeuge und 177 Yachten besitzen. Ihre Steuerschulden betragen rd. $ 1 Mrd., mit Strafzinsen und -zahlungen etwa $ 2 Mrd. 7.000 haben Banksafes und gegen 4.500 wurden bereits Prozesse angestrengt.

***

Die private AFJP Rentenkasse Orígenes hat die amtliche Bewilligung erhalten, ihre Provisionen auf 2,89% der Gehaltsbeträge zu erhöhen. Die Erhöhung kann ab August erfolgen, einen Monat nach den 90 Tagen, in denen der Wechsel zu einer anderen Kasse wieder möglich ist. Bisher wurde den AFJP Máxima und Prorenta gestattet, ihre Provisionen, ebenfalls ab August, auf 2,90% des Gehaltes zu erhöhen.

***

Das Steueramt der Provinz Buenos Aires gestattet die Zahlung der Immobilien- und Kfz-Steuern mit Kreditkarten. Inhaber von VISA-Karten der Provinzbank können diese Steuern in 3 zinsfreien Raten begleichen, oder in 12 Monatsraten, wobei die Rabatte für einmalige Jahresvorauszahlungen, 19%, oder bei Ratenzahlungen 10%, erhalten bleiben, vorausgesetzt, dass sie pünktliche Steuerzahler sind. Mit VISA- oder Mastercard-Karten anderer Banken können Jahresvorauszahlungen nach einem gebührenfreien Anruf an 0-800-999-736827 (Renta) durchgefhrt werden.

***

Arbeitende oder Arbeitslose in rentenfähigem Alter können ihre Rente laut Gesetz Nr, 25.994 (Amtsblatt vom 7.1.05) beantragen, auch wenn sie noch nicht durch 30 Jahre beigetragen haben. Sie müssen sich im Moratorium für Selbstständige und Einheitssteuerzahler eintragen und erklären, wieviele Jahre ihnen für die 30 Beitragsjahre fehlen. In dieses Ausnahmesystem werden Eintragungen bis zum 15.1.07 angenommen.

***

Die Grimoldi Schuhfabrik hat ihre Investition von $ 8,5 Mio. in eine neue, 7.000 qm grosse Schuhfabrik in Arroyo Seco, Provinz Santa Fe, bestätigt. Sie soll in 9 Monaten fertiggestellt sein. Damit soll zu ihrem 110. Jubiläum ihre Jahresproduktion von 450.000 Paar Schuhen verdoppelt werden.

***

Die von der Regierung verfügte Strompreiserhöhung soll 28% betragen. Bezieher des Stromverteilers Edelap werden die Erhöhung durch ein Abkommen der Regierung mit der Firma bezahlen, die Kunden von Edenor und Edesur kraft eines Dekretes. 23% mehr wird nur die Industrie und der Handel bezahlen, 5% alle Stromverbraucher.

***

Die Regierung hat sich mittels Beschluss Nr. 16/05 des Wirtschaftsministeriums (Amtsblatt vom 17.1.05) zu Garantien von bis zu $ 1 Mrd. für die Kapazitätserweiterungen der Süd- und Nord-Erdgasleitungen verpflichtet. Die Garantie wird bei der Banco de la Nación in Staatspapieren hinterlegt, die Kredite für U$S 248 Mio., mit einer Obergrenze von $ 1 Mrd. für die Infrastrukturarbeiten zur Erdgasversorgung absichern. Die Massnahme wurde bekannt gegeben, als sich bei der Ausschreibung Schwierigkeiten ergaben, weil die eingetragenen Konsortien höhere Preise forderten, als im Voranschlag des Gastransportunternehmens, Transportadora de Gas del Sur, angegeben waren. Ihre Transportkapazität soll um 2,9 cbm/Tag erhöht werden. Die Garantiestellung von $ 1 Md. war im November 04 festgesetzt worden, als das Kapital der Banco de la Nación per Dekret um $ 1,9 Mrd. aufgestockt wurde. Davon wurde bis zu $ 1 Mrd. für Baukredite für die Gasversorgungs-Infrastruktur bestimmt. Die Banco Nación ist bei der ZB Garant der Auslandskredite für die Investitionen von Transportadora de Gas del Sur, Petrobrás Energía und Petróleo Brasileiro, die vorwiegend von der staatlichen brasilianischen Bndes Bank bereitgestellt werden, die Garantien fordert. In dem Ausmass, in dem Rückzahlungen erfolgen, wird der Garantiebetrag kleiner. Die Zahlungen würden von der verbrauchenden Industrie, den Wärmekraftwerken und den Pressgas-Zapfstellen kommen, die mit einem Mehrpreis von 70% auf die Gastransportkosten belastet werden, was Tariferhö-

PERSONALNACHRICHTEN

Goldene Hochzeit

Arturo R. Hinterwimmer und Martha E. geb. Reichenbach, am 20.1.

Todesfälle

Alfredo Francisco Ott, am 16.1.
Hanna Grünwald, 99, am 19.1.

hungen von etwa 20% gleichkommt.

***

Die Brandkatastrophe im Tanzlokal Cromagnon hat den Vorsatz Justizinspektor Nissens bestärkt, die Änderung des Handels-Gesellschaftsgesetzes voranzutreiben, um gegen die Machenschaften einer grossen Anzahl von Off-shore Gesellschaften, wie der Inhaberin des Lokals, vorgehen zu können. In diesem Fall gab es seiner Ansicht nach mutmasslich eine Scheingesellschaft und 2 Lokale mit einer Dauerverbindung, die 1994 von einer Firma der Virgin Islands für U$S 2,2 Mio., als anscheinende Einzeloperation, erworben wurden. 4 Jahre später wurden sie einer anderen Offshorefirma, diesmal in Montevideo, für weniger als ein Drittel dieses Betrages gekauft. Die mutmasslichen Mieter, Lagarto SA und Central Park SA sind argentinische Firmen ohne entsprechendes Gründungskapital, mit einer lächerich geringen Garantiestellung.

***

Die ZB hat 05 mit einer bedeutenden Verringerung des Geldumlaufes begonnen. Nach der starken Geldemission im Dezember 04, wurden 05 bereits $ 2,27 Mrd. aus dem Umlauf gezogen. Damit nähert sich die ZB den IWF-Auflagen. Durch das Finanzsystem wurden $ 2,25 Mrd., vorwiegend durch Swaps, blockiert, wozu die ZB den Jahreszinssatz für die Banken von 2,5% auf 2,75% anhob. Ausserdem wurde die erste Ausschreibung, $ 1,5 Mrd., für frühzeitige Rückzahlungen von Rediskonten durchgeführt. Damit wurden die Banken erfolgreich zur Verringerung des Geldumlaufes eingeschaltet.

***

Der U-Bahnkonzessionär Metrovías hat mit den Betriebsräten Lohnverhandlungen aufgenommen. Ende 04 wurde die Dienstleistung wegen dieser Frage durch mehrere Wochen beeinträchtigt. Die Gewerkschaften fordern 53% Lohnerhöhung, jährlich 2% Dienstalterzulage und Lohnzulagen für Nachtarbeit. Im Dezember wurde eine einmalige Zahlung von $ 450 für Triebwagenfahrer, $ 400 für Schaffner und $ 350 für Fahrkartenausgeber zugestanden, um Dienstunterbrechungen zu vermeiden.

***

Ipeem, das Institut für Bergbauerforschungen der Provinz San Juan, hat 6 Erschliessungsgebiete ausgeschrieben: Los Amarillos, Del Carmen, Los Despoblados, Cerro Mercedario, Rincones de Araya und Calderón Calderoncito, insgesamt 36.500 ha. In ihnen wurden Gold-, Silber- und Kupfervorkommen festgestellt.

***

Die grossen Weinkellereien haben bei der Regierung die Abschaffung der internen Sektsteuer von 12% bewirkt. Im Gegenzug haben sie sich zu Investitionen während der nächsten 10 Jahre verpflichtet. Die Sektsteuer bringt $ 8 bis 11 Mio. im Jahr ein. Die verpflichteten Investitionen müssen mindestens um 25% mehr betragen.

***

Die Fristen für elektronische Banküberweisungen wurden landesweit von 48 auf 24 Stunden verringert. Die Massnahme war bereits am 2.11.04 angekündigt worden. Damals wurden Schecks bis zu $ 3.000 von der Massnahme betroffen.

***

Die italienischen Gläubiger haben das argentinische Umschuldungsangebot für defaultierte Staatsbonds zurück gewiesen. Das war das Ergebnis der Verhandlungen Finanzsekretär Nielsens mit den Vertretern von 450.000 Bondsinhabern.

***

Nach vorläufigen ZB Angaben war die Anzahl zurückgewiesener Schecks im Dezember um 4% grösser als im gleichen Vorjahresmonat. Der Gesamtbetrag war um 32,3% grösser.

***

Die Rosentalgruppe, Rosario, und die Forex Wechselstube von Buenos Aires Stadt haben von der Kaufoption für die Meridian Bank Gebrauch gemacht. Es steht nur mehr die Billigung der ZB aus.

***

04 betrugen die Durchschnittsrenditen der privaten AFJP Rentenkassen 10,69%. Spitzenreiter war Nación mit 16,39%, vor Met 12,01% und Consolidar 11,77%. Die Renditen lagen über der Jahresteuerungsquote von 6,1%. Das private AFJP Rentensystem hat rd. 10 Mio. Mitglieder, von denen 38% regelmässig Beiträge leisten. Die Mittel, über die die Kassen verfügen, betragen um die $ 53 Mrd., die in Staatspapieren, Aktien und Fristeinlagen angelegt sind. Jetzt haben die AFJP Rentenkassen die defaultierten Staatsbonds in ihrem Besitz, für rd. U$S 13,5 Mrd., für die Umschuldung eingereicht. Da der Wert dieser Bonds verbucht ist, als ob die Kassen der Pesifizierung zugestimmt hätten, werden die Guthaben ihrer Mitglieder durch die Umschuldung keine Änderung erfahren.

***

Nach 17 Monaten ist Argentinien vom Internationalen Tiergesundheitsamt (OIE) wieder zum maul- und klauenseuchefreien Land mit Impfzwang erklärt worden. Das gilt für das argentinische Hoheitsgebiet oberhalb des 42. Breitegrades. Das Viehzuchtgebiet unterhalb des 42. Breitegrades ist bereits als Maul- und Klauenseuchefrei ohne Impfzwang eingestuft. Die Bestätigung gestattet die Erhöhung der Ausfuhren und die Eroberung neuer Märkte. Eine Abordnung des argentinischen Tiergesundheitsamtes Senasa ist bereits auf dem Weg nach China, um diesen Markt zu bearbeiten.

***

Den laufenden Ermittlungen der Beraterfirma Prince and Cooke zufolge, hat der argentinische Informatikmarkt 2004 gegenüber dem Vorjahr um 24% zugelegt. Es wurden 670.000 Computer verkauft und $ 5,9 Mrd. umgesetzt. Für 05 wird eine weitere Zunahme um 14% auf 1,4% des BIP erwartet. Der Fernverbindungsbereich hat im Vorjahr um 38% zugenommen und seit 2000 um $ 12,2 Mrd.

***

Pressemeldungen zufolge soll auch die seit 1995 in Argentinien tätige DaimlerChrysler Financiera am 14.1.05 bei dem Weltbankschiedsgericht ICSID eine Klage gegen Argentinien eingereicht haben. Die Firma finanziert Kfz-Käufe und sieht sich durch die Abwertung geschädigt.

***

Planungsminister De Vido gab auf Anfrage zu, dass auch für Haushalte Strompreiserhöhungen erwogen werden. Allerdings würden sie gering sein.

***

J. Obeid, Gouverneur der Provinz Santa Fe, erklärte, er würde die Wasserversorgungskonzession von Aguas Provinciales nur dann aufheben, wenn er der juristischen Rükkendeckung sicher sei. Konzessionär ist, wie in Gross Buenos Aires, die französische Suez.

***

Zum ersten Mal seit der Abwertung haben Argentinier mehr Dollar ver- als gekauft. Im letzten Quartal 04 wurde im Devisenhandel, ausgenommen die Banken, ein Überschuss von U$S 166 Mio. gemeldet.

***

Grossunternehmen wie Unilever, ICI Duperial, Paraná Metal, Cipar, AFA Los Cardos, usw. haben Direktverhandlungen mit RepsolYPF aufgenommen. Ihr Ziel ist, ihre Erdgasversorgung für die nächsten 12 Jahre zu sichern.

***

Für die Zahlung von Regierungsschulden aus den Kfz-Verschrottungsplänen der Jahre 1999 und 01 sind im Haushalt $ 280 Mio. vorgesehen. Jetzt steht zur Debatte, ob die Zahlungen von den Neuinvestitionen der Fabriken abhängig gemacht werden sollen.

***

Die argentinische Hotelindustrie erwartet für 05 Investitionen von $ 1,6 Mrd. in den Bau von 150 Hotels. 04 waren 47 Hotels mit 4.000 Betten fertiggestellt worden. Der Fremdenverkehr hat in der ersten Januarhälfte 05

KAUFE VERSCH.
COMPRAS VARIAS

IVES compra adornos, cristalería, porcelanas, antigüedades, muebles, objetos varios, 4791-4287

Um 10,7% grössere Industrieproduktion

Die Gesamtproduktion der argentinischen Industrie hat im Jahr 2004 gegenüber dem Vorjahr um 10,7% zugenmmen, wie das Statistikamt Indec in einer vorläufigen Schätzung aufgrund seiner monatlichen Ermittlungen für den EMI-Index (Estimador Mensual Industrial) bekannt gegeben hat.

Die Zunahme ist bedeutend, liegt jedoch bereits unter der Vorjahreszunahme von 16%, als die Vergleichsbasis nahe dem Tiefpunkt der Rezession lag. Im Dezember war die Industrieproduktion um 1,9% grösser als im Vormonat, was sehr positiv gewertet wird, da die Produktion im letzten Monat des Jahres, wegen der Feiertage, meist zurückgeht.

Am meisten hat im Jahr 2004 die Kfz-Produktion zugelegt. Gegenüber dem Vorjahr sind um 53,3% mehr Fahrzeuge vom Band gelaufen. Es folgen Verlags- und Druckereibetriebe mit einem Plus von 20,5% und Baumaterial mit einer Zunahme von 17%. Nur bei Zigaretten wurde ein Rückgang, von 7,9%, verzeichnet.

Die Produktionszunahme des Vorjahres brachte die Industrieproduktion auf eine Grössenordnung, die um nur 1,4% unter dem Höchstwert vom zweiten Quartal 1998 liegt. Damit konnte die 30%ige Verringerung seit Mitte 1998 wieder wett gemacht werden. Seit Anfang 2002 hat die Industrieproduktion um 41% zugenommen.

Das Statistikamt hat auch hervorgehoben, dass die Kapazitätsauslastung der Industrie von 70,5% im November auf 68,8% im Dezember zurück gegangen ist. Das sei auf Neuinvestitionen zurückzuführen, durch die die Kapazität des Produktionsapparates mehr als die Produktion zugenommen habe.

Eine weitere Angabe befasst sich mit der Beschäftigtenzahl, die in der Industrie von 2003 bis 2004 um 10,2% zugenommen hat. Die Zahl der gearbeiteten Stunden habe im Vergleichszeitraum um 12%, die Löhne um 24,9% zugenommen. Damit befänden sich die Reallöhne der Industrie um 10% über jenen des Jahres 2001.

Auch für 2005 sei für die Industrie eine Wachstumsquote vorgesehen, die über der des Bruttoinlandproduktes (BIP) liegen wird. Die Wirtschaftsführung rechnet in diesem Jahr mit einer BIP-Zunahme von 5,5%, wobei für die Industrieproduktionszahlen bereits ein statistischer Überhang (die Differenz zwischen dem Stand im Dezember und dem Jahresdurchschnitt) von 3,5% aus dem Vorjahr 2004 bestehe.

1,5% Teuerung im Januar

Die argentinische Zentralbank rechnet für Januar 05, nach 0,8% im Dezember 04, mit einer Teuerungsquote von 1,5%. Die relativ sehr grosse Teuerung, die grösste Monatsteuerung seit der Amtsübernahme Präsident Kirchners, sei zum Teil saisonbedingt, zum anderen jedoch auf Preiszunahmen bei Pressgas, Zigaretten, Taxitarifen in Buenos Aires Stadt, Privatschulen und privaten Krankenkassen zurückzuführen.

Die von der ZB vorausgesehene Teuerung ist grösser als die von Marktexperten angenommene, die in der Vorwoche noch einen Durchschnittswert von 0,9% vorausgesagt hatten. Der ZB zufolge würde die Januarerhöhung mehr als die Hälfte der Teuerungsquote des ersten Quartals ausmachen, die von ihr mit etwa 2% angegeben wurde. Sie prüfe eingehend, ob die Preiszunahmen im Januar im Wesen saisonbedingt oder ständig seien. Im letzteren Fall müssten Massnahmen ergriffen werden, um einer Teuerungswelle entgegenzuwirken.

Tatsächlich hat die ZB bereits einige Massnahmen ergriffen. Sie hat ihre Dollarkäufe am Markt eingeschränkt, womit sie weniger Pesos in Umlauf bringt, die eine Teuerung anheizen könnten. Allerdings erklärt sie dazu, dass das nicht das Ziel der geringeren Geldemmission ist, sondern nur das Bestreben, den Auflagen des IWF zu genügen, die der monetären Basis eine Grenze setzen.

Eine weitere Massnahme ist die frühzeitige Rückzahlung der Diskonte der Banken, die diesen von der ZB 2001/2 zur Verfügung gestellt wurden, die bereits ausgeschrieben wurde. Auch damit werden Mittel aus dem Umlauf genommen. Im ganzen Jahr 2005 will die ZB die Teuerung innerhalb der 5-8%-Grenze halten. Die wöchentlich ausgegebenen Lebac-Wechsel der ZB würden eine Jahresteuerung von 6% annehmen lassen. Die ZB ist sich bewusst, dass eine Teuerung von 2% oder mehr im ersten Quartal eine harte Geldpolitik fordert, um das Plansoll für das Jahr einhalten zu können.

Das Wirtschaftsministerium hat nach seiner Hochrechnung der ersten 20 Tage dieses Jahres für Januar 1,4% Teuerung vorausgesagt. Dezember habe einen statistischen Überhang von 0,5% hinterlassen. Ohne dass dies besorgniserregend sei, müsse beachtet werden, dass die Januarteuerung beinahe ein Viertel der Teuerung der letzten zwölf Monate betragen habe. Ausserdem habe dadurch die Teuerungserwartung (Einzelhandelspreise) der ZB um 0,1% auf 7,2% zugenommen. Diese Erwartungen schliessen die von Wirtschaftsminister Lavagna angedeuteten Preiserhöhungen der öffentlichen Dienste um etwa 16% noch nicht ein.

Präsident Kirchner hat vor wenigen Tagen den Unternehmern Argentiniens nahegelegt, ihre Preise nicht zu erhöhen, da er sonst von der Staatsmacht Gebrauch machen müsste.

um 10,5% mehr Besucher, insgesamt 3,64 Mio., verzeichnet als im gleichen Vorjahres-zeitraum.

***

Seit die Provinz Buenos Aires vor rd. 2 Monaten die verschärfte Steuereintreibung begann, konnte sie $ 440 Mio. einnehmen. Allerdings wird betont, dass davon $ 130 Mio. auf alle Fälle eingegangen wären. Der Erfolgsbetrag sei demnach $ 310 Mio. Von 35.000 säumigen Provinzsteuerzahlern hätten 12.356 ihre Steuern in Ordnung gebracht. Davon 3.056 endgültig, der Rest hat nur Zeit gewonnen, indem er 10% der Fälligkeiten bezahlt hat. Durch das Veto des Haushaltes durch Gouverneur Solá muss die Provinz mit $ 1 Mrd. weniger rechnen, die vom Staat vorgesehen waren. Dafür müssen die Steuerpflichtigen herhalten.

***

Mit Beschluss Nr. 1.810 vom 10.1.05 hat das Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) seinen Beschluus 1.776 von Ende November 04 rückgängig gemacht, der die Einbehaltung von 28% Gewinnsteuer auf Auszahlungen von Ruhestandsversicherungen verfügt hatte. Der Verband der Versicherungsgesellschaften (Avira) hatte dagegen Einspruch erhoben. Die Einbehaltung wird für eingetragene und nicht eingetragene Steuerpflichtige auf 3% verringert, mit einem steuerfreien Minimum von $ 1.200. Sie findet nur statt, wenn die Entnahme endgültig ist, nicht wenn von einer Versicherungsgesellschasft in eine andere überwiesen wird.

***

In den ersten 11 Monaten 04 war der Mercosur mit U$S 6,18 Mrd. Hauptabnehmer argentinischer Ausfuhren. Davon legten Industrieprodukte im Vorjahresvergleich um 36% auf U$S 3,19 Mrd. zu.

***

Die Park Hyatt Hotelkette gab die Eröffnung des Palacio Duhau Hotels in Buenos Aires bekannt, nachdem sie vom Global Travelers Magazine zur besten Hotellkette ernannt worden war. Sie betreibt 23 Hotels in 14 Staaten und gab neue Vorhaben in Seúl, Dubai und Vietnam bekannt.

***

Argentinien konnte in der ersten 11 Monaten 04 Schweinefleisch und dessen Nebenprodukte für U$S 1,5 Mio. ausführen. Das waren um 83% mehr als im gleichen Zeitraum 03. Wie das Unterstaatssekretariat für Agrarpolitik bekanntgab, ware 66% Nebenprodukte wie Schweinefett an die Hauptabnehmer Bolivien, Chile, Hong Kong und Peru. Im Berichtszeitraum wurden 1,6 Mio. Schweine geschlachtet, um 17,7% mehr als vor einem Jahr.

***

Der argentinische Sonnenblumen-Anbauerverband (Asagir) gab bekannt, dass 05 in der EU Mass-

Erhöhte Auslandsinvestitionen 2004

Die Erholung der argentinischen Wirtschaft und eine allgemein günstige Weltwirtschaftslage haben eine erneute Investitionstätigkeit angeregt. Ein Bericht der Capital Stiftung zeigt, dass nach der Talsohle 2001/2 die Investitionen in den ersten neun Monaten 2004 U$S 3,23 Mrd. betragen haben. Bis Ende Dezember 2004 stiegen sie auf über U$S 4 Mrd. an, gegen U$S 1,36 Mrd. im Jahr 2003.

Die grösseren Investitionen wurden durch den weltweiten Trend begünstigt. Nach drei Jahren ständigen Rückganges haben die direkten Kapitalinvestitionen auf der Welt um 6% auf U$S 612 Mrd. zugenommen. Ein bedeutender Anteil wandte sich nach Lateinamerika, das um 37% mehr Investitionen als ein Jahr zuvor erhielt.

Allerdings befinde sich Argentinien, wie der Bericht betont, noch weit von den Investitions-Grössenordnungen der 90er Jahre. Damals betrugen sie im Durchschnitt 2,1% des BIP, mit einem Spitzenwert von 8,5% des BIP im Jahr 1999. 1990 bis 1995 betrugen die direkten Auslandsinvestitionen in Argentinien 17% der Gesamtinvestitionen in Lateinamerika. Die bedeutenden Privatisierungen und die Akquisitionen in der Finanzwirtschaft brachten es mit sich, dass damals Argentinien diesen Anteil gegen nur 9,5% von Brasilien erreichte und nur von Mexiko, mit 30% Investitionsanteil, übertroffen wurde.

In der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts begann der Trend umzuschlagen. 1966/2000 ging der Anteil Argentiniens an den Gesamtinvestitionen in Lateinamerika auf 13,5% zurück, der von Mexiko auf 16,4%, während Brasilien auf 28% kam. In der Krisenzeit ab 2001 ging der Anteil Argentiniens auf 3,8% zurück.

Der Einsturz der Konvertibilität 2001/02

Wir sind auf die Bemerkung in der Wirtschaftsübersicht vom letzten Samstag angesprochen worden, dass die Konvertibilitat nicht zusammengebrochen ist, weil sie an sich unhaltbar war, wie es die Kirchner-Regierung ständig wiederholt, sondern, dass sie durch konkrete Massnahmen zerstört wurde, und zwar von Domingo Cavallo, der sie 1991 eingeführt hat. Wir wollen daher den Fall eingehend erklären:

Die Konvertibilität, mit festem Wechselkurs von eins zu eins war vom April 1991 bis Ende 2001 in Kraft, also über ein ganzes Jahrzehnt. Allein diese lange Dauer entkräftet das Argument, dass es sich um etwas künstliches und unhaltbares gehandelt habe. Ausserdem:

● Der Index der Konsumentenpreise verzeichnet in den ersten Monaten der Konvertbilität eine Zunahme, die auf den Schub zurückzuführen ist, der von den Vormonaten kommt. Eine so abrupte Stabilisierungspolitik kann nicht verhindern, dass bestimmte Preiserhöhungen zunächst weitergehen. Danach nahmen die Preise zunächst geringfügig zu, dann überhaupt nicht, und in den letzten Jahren bis 2000 nahmen sie sogar ab. Wenn man somit berücksichtigt, dass es in dieser Periode in USA, der EU u.a. Ländern Preiszunahmen gab, hat sich das Kaufkraftverhältnis sogar zu gunsten Argentiniens gebessert.

● Die Währungsreserven der Zentralbank stiegen von etwa U$S 4 Mrd. im März 1991 auf über U$S 35 Mrd. Ende 1999. Bei einem irrealen Wechselkurs wäre dies nicht möglich gewesen.

● Die Gesamtexporte nahmen, je nach der Basis, die man nimmt, zwischen 150% und 200% zu. Auch das ist bei einem unrealistischen Kurs nicht möglich.

● Die Importe nahmen zwar in einem stärkeren Verhältnis zu, was jedoch vorwiegend auf anormal hohe Kapitalgüterimporte zurückzuführen ist, die mehrere Jahre über 40% der Gesamtimporte ausmachten. Das entspricht einer Periode hoher Investitionen, von denen die argentinische Wirtschaft heute noch lebt.

● Die Verschuldung des Nationalstaates lag Mitte 2001 noch knapp über 50% des BIP, also unter der Maastricht-Grenze von 60%. Das ist eine Verschuldung, die international als normal angesehen wird, mit der ein Land leben kann.

Ein Konvertibilitätsystem setzt Vertrauen in seine Dauer voraus. Deshalb muss die jeweilige Regierung sich hüten, die falschen Signale zu geben. Und gerade dies hat Cavallo 2001 getan. Halten wir fest:

● Als er als Wirtschaftsminister antrat, sagte er sofort, der argentinische Peso sei um 20% überbewertet. Das wurde als eine Abwertungsabsicht interpretiert. Erstens bestanden keinerlei objektive Unterlagen für diese Behauptung, und zweitens muss ein Wirtschaftsminister in diesen Dingen schweigen, um keine schädlichen Erwartungen hervorzurufen.

● Kurz danach entliess Cavallo den ZB-Präsidenten Pedro Pou, der als Symbol für die Erhaltung der Konvertiblität galt. Pou hatte sich sogar für eine totale Dollarisierung eingesetzt, womit Abwertungen ausgeschlossen waren. Wenn nun Pou abgesetzt wurde, wurde das auch als Abwertungsabsicht interpretiert.

● Etwa gleichzeitig verfügte Cavallo die Änderung der Konvertibilität, mit Bindung des Peso an einen Währungskorb, mit je 50% Dollar und Euro. Das sollte aber erst in Kraft treten, wenn der Euro die Parität zum Dollar erreicht hatte. Diese Initiative wurde vom Pulikum als erster Schritt zur Aufgabe der Konvertbilität interpretiert, da 2001 der Euro in Argentinien ziemlich unbekannt war.

● Dann verfügte Cavallo zahlreiche Ermässigungen bei Steuern und Sozialabgaben, in einem Moment, in dem es darum ging, das Defizit auszumerzen. Das hatte sein kurzlebiger Vorgänger, Ricardo Lopez Murphy, genau begriffen. Aber Cavallo dachte im Sinne von Arthur Laffer, dass mit Steuersenkungen schliesslich gesamthaft ein höherer Steuererlös herausschaut. Das ist leider nicht so, und war auch in den USA unter Reagan (der auf Laffer hörte) nicht so. Dies führte zu einem höheren Misstrauen, da Argentinien bei der Unterbringung von Staatspapieren schon Zinsen von 11% und mehr in Dollar zahlen musste, was ein deutliches Signal ist, dass die Verschuldungsmöglichkeit eine Grenze erreicht hat, die nicht überschritten werden sollte. Als Folge stiegen die Renditen argentinischer Staatspapier auf 15%, was Cavallo dann durch einen Megaumtausch konsolidierte, indem die neuen Papiere diesen Zinssatz hatten. Das war ein deutliches Zeichen, das etwas faul war.

Das Publikum interpretierte diese Zeichen als einen Weg zur Aufgabe der Konvertbilität und handelte dementsprechend, indem ab März 2001 um die 20 Mrd. Pesos oder Dollar von den Banken abgehoben und ins Ausland überwiesen (oder in Dollarnoten im Land angelegt) wurden. Diese akute Depositenabnahme, von über 20%, führte zu Problemen bei den Banken und hatte eine stark rezessive Wirkung. Ausserdem wirkte dies wie eine selbsterfüllte Prophezeiung, da der Reservenverlust schliesslich die Konvertbilität unhaltbar machte.

Dennoch war eine Megabwertung, die zunächst den Dollarkurs um bis 300% emportrieb und dann schliesslich um 200%, nicht notwendig. Hätte Präsident Duhalde 2002 die Dollardepositen- und Kredite in dieser Währung beibehalten, wie es legal hätte sein müssen, und es Mexiko und Uruguay bei ihren Abwertungen getan haben, dann wäre der Kurs auf höchstens $ 2 je Dollar gestiegen, und das ganze Krisenproblem wäre halb so schlimm gewesen.

Die Umschuldung

Nach den ersten 5 Verhandlungstagen über die Umschuldung des Staates hat die Wirtschaftsführung die engültige Annahme des argentinischen Umschuldungsangebotes für U$S 16,74 Mrd. bekannt gegeben. Sollte die bisherige Annahmequote von U$S 150-200 Mio. im Tag anhalten, werde bis zum Wochenende mit über U$S 17 Mrd. gerechnet.

Das seien im Inland bereits 22%. Dazu könnten 6-7% im Ausland gerechnet werdenso dass die Woche mit einer Gesamtannahme von rd. 30% abschliessen würde. Die Wirtschaftsführung betont jedoch, dass diese Woche die härtesten Verhandlungspartner, wie z.B. in Italien und Deutschland, bedeutet habe. Auch fehlen noch alle institutionellen Anleger, die sich erst ab dem 28.2.05 äusern könnten, nachdem die Frist für die Stellungnahme der Anteilseigner abgelaufen ist.

Argentiniens Unterhändler rechnen damit, dass nach der Annahme durch die wichtigen institutionellen Inlandsanleger, insbesondere die privaten AFJP Rentenkassen, die nächste bedeutende Gruppe, mit deren Annahme gerechnet werden kann, die institutionellen Anleger der USA sein werden. Montags wird Finanzsekretär Nielsen mit ihnen in Boston, mittwochs in New York verhandeln.

In New York sollte das Road show ursprünglich abgeschlossen werden. Mittlerweile ist jedoch die Annahme durch die letzte ausstehende Wertschriftenkommission, die japanische Kanto gekommen, so dass der Endpunkt voraussichtlich Tokio sein wird.

Die bisher letzte, nicht argentinische Bewertung des Ganges der Umschuldung wurde von der Goldman Sachs Investmentbank bekannt gegeben. Sie rechnet jetzt mit einer Annahme von 66%. Dabei würden in Argentinien 90% der Bondsinhaber zustimmen, im Ausland 66% der institutionellen Anleger und 55% der kleinen Sparer.

nahmen in Kraft treten, die Ausfuhren für etwa U$S 700 Mio. im Jahr gefährden können. Die Verarbeitung von Sonnenblumen exportiert für rd. U$S 1 Mrd. im Jahr, davon 50% nach Europa, als Getreide und als Pflanzenöl. Die neuen Bestimmungen über Höchstmengen von Schädlingsbekämpfungs-Rückstände könnten Verschiffungen verhindern und damit Endpreise für Ernten beeinträch-tigen.

***

Für 05 sind Investitionen von $ 1,6 Mrd. in 150 Hotelvorhaben vorgesehen, wie das Fremdenverkehrssekretariat bekanntgab. Im Vorjahr wurden 47 neue Hotels mit 4.000 Betten eröffnet.

***

Nach letzten Schätzungen des Statistikamtes Indec wird die BIP-Zunahme 04 8,7% betragen und für 05 einen statistischen Überhang von 3,5% für 05 bewirken. Auf alle Fälle werde sie der Zunahme von 8,8% im Jahr 03 sehr ähnlich sein. Amtlich beharrt die Wirtschaftsführung auf der Voraussage von 7,5% BIP-Zunahme. Wirtschaftsminister Lavagna zieht es gewohnheitsmässig vor, seine Voraussagen nach oben berichtigen zu müssen. Doch im November legte die Industrie auf Jahresbasis 9,6% zu und auch die Vorverlegung der Weihnachtsremunerationen und die zusätzlichen Vergütungen vor den Feiertagen, haben die Wirtschaftsergebnisse von Ende 04 günstig beeinflusst. Endgültige Zahlen wurden für den 17.3.05 zugesagt.

***

In Argentinien hat die uruguayische Erdölgesellschaft Sol Petróleo, die von der staatlichen Ancap (Administración Nacional de Cemento, Alcohol y Pertóleo) kontrolliert wird, U$S 2 Mio. Verlust im Monat. Für ihre 168 hiesigen Tankstellen muss sie Dieselöl für $ 1.100 pro cbm kaufen und es für $ 800 abgeben. Bis jetzt wird der Velust mit Darlehen der Ancap und einer Kapitalisierung von U$S 13 Mio. gedeckt. Die neue Regierung Uruguays sucht jedoch, den Devisenverlust zu verhindern.

***

Wie das Nationale Winzerinstitut (INV) bekanntgab, haben die Ausfuhren von Traubenmost im November im Vorjahresvergleich um

Schatzamtrekord 2004

Während die Diskussionen über den Primärüberschuss, den Argentinien anhaltend erwirtschaften muss, um seinen Verpflichtungen nachkommen zu können, noch auf vollen Touren laufen, hat die Zentralbank ihre ersten Schätzungen über den Fiskalüberschuss des vergangenen Haushaltsjahres bekannt gegeben.

Ihnen zufolge haben die Nationalregierung und die Provinzen um $ 26,2 Mrd. mehr eingenommen als ausgegeben. Zu rd. $ 3 für einen Dollar ergibt das einen Fiskalüberschuss von U$S 8,8 Mrd. Von dem Überschuss wurden $ 17,3 Mrd. von der Nationalregierng und $ 8,9 Mrd. von den Provinzen erzielt.

Der Fiskalüberschuss betrug den bisher in Argentinien nie erzielten Satz von 6,2% des Bruttoinlansproduktes (BIP). Mit dem Internationalen Währungsfonds war zu Beginn vorigen Jahres ein Überschuss von 3% des BIP ausgehandelt worden. Die Nationalregierung trug zu dem Überschuss 4,1% des BIP bei, die IWF-Auflagen hatten sie zu 2,4% verpflichtet, die Provinzen 2,1%, gegen 0,6%, zu denen sie nach den IWF-Auflagen verpflichtet waren.

Finanzsekretär Nielsen hat seinen Gesprächspartnern in den USA und Europa klar gemacht, dass dieser Überschuss nicht anhaltend erzielt werden kann, schon gar nicht durch die 40 Jahre, durch die die Umschuldungszahlungen vorgesehen sind. Tatsächlich hätte der Überschuss um eine weitere Milliarde Pesos grösser sein können, doch hat die Regierung die im Dezember fällige Vorauszahlung der Gewinnsteuer auf 05 verschoben.

Der grosse Überschuss wird mit der schnelleren Zunahme der Einnahmen als der Ausgaben erklärt. Er hat gestattet, Zinsen und Kapitalamortisationen zu zahlen. Der ZB Mitteilung zufolge wurden 2004 internationalen Körperschaften U$S 1,1 Mrd. Zinsen und U$S 2,45 Mrd. Kapitalfälligkeiten bezahlt. Das ergebe $ 10,6 Mrd. Ausserdem wurden nicht defaultierte Bonds für $ 2 Mrd. bedient.

127,87% zugenommen. Es wurden 81.348 Hl für U$S 9,04 Mio. verschifft. Ausserdem konnten im November 158.529 Hl Wein für U$S 22,14 Mio., mengenmässig um 31,54% und wertmässig um 54,23% mehr als im Vorjahresnovember, exportiert werden. Im ganzen Vorjahr konnte durch den Verkauf hochwertiger Weinsorten die Ausfuhren wertmässig 36,27% zulegen, obwohl die Mengen um 18,64% geringer waren. Von Januar bis November wurden 1,42 Mio. Hl für U$S 210,84 Mio. exportiert.

***

411.615 Einheitssteuerpflichtige und Selbstständige haben sich im Steuerbereinigungsplan eingetragen, der nach einem Jahr Laufzeit am 19.1.05 endete. Wie das Amt für Öffentliche Einnahmen bekanntgab, wurden von ihnen Steuerschulden für $ 1,88 Mrd. anerkannt. 53% der eingereichten Zahlungspläne stammen von selbstständig Erwerbstätigen. Sie anerkannten 78% der Steuerschulden, $ 1,36 Mrd. der Rest kam von den Einheitssteuerpflichtigen (monotributistas). Da die Einheitssteuerpflicht viel später eingeführt wurde, sind die säumigen Steuerschulden geringer.

***

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Der Konflikt mit „Aguas Argentinas“ spitzt sich zu

Die in den ersten Jahren der Menem-Regierung vollzogene Privatisierung der Wasserversorgung und der Kloaken im Raum der Bundeshauptstadt und der städtischen Umgebung, die damals vom Staatsunternehmen „Obras Sanitarias de la Nación“ betrieben wurden, hat zunächst die Gefahr abgewendet, dass diese Gegend ohne Wasser bleibt, dann eine qualitative Verbesserung des Trinkwassers herbeigeführt (das unter staatlicher Regierung den international gültigen Normen nicht genügte) und schliesslich zu einer Erweiterung des Dienstes geführt. Anfang der 90er Jahre befand sich die Pump- und Reinigungsanlage in Palermo in jämmerlichem Zustand, von einem ständigen Zusammenbruch der Pumpanlagen bedroht.

Ebenfalls waren die grossen Rohre aus Gusseisen, die Anfang des vergangenen Jahrhunderts gelegt wurden, stark verrostet, und in einigen Fällen nicht mehr vorhanden, weil sie der Rost zerfressen hatte. Der Staat war unfähig, die Mittel für die Investitionen aufzubringen, wobei Politiker ohnehin, wenn sie an die Regierung kommen, sichtbare Investitionen solchen bevorzugen, die unter der Erde liegen. Ebenfalls hatte das Staatsunternehmen keinen Zugang zu modernen technologischen Lösungen. In ausgedehnten Gebieten von Gross-Buenos Aires, wie im Bezirk La Matanza, gab es keine Wasserversorgung durch Leitungen, wobei das Grundwasser einen hohen Grad an Kontamination aufwies, was u.a. zu einer erhöhten Kindersterblichkeit führte. Allgemein gab es bei der Wasserversorgung grosse Verluste, da ständig Röhren platzten oder undicht wurden, so dass viel Wasser vergeudet wurde. Der Staat war als Unternehmer unfähig, dies zu beheben, wie es das Privatunternehmen in ganz kurzer Zeit getan hat.

Die Konzession wurde nach einer Ausschreibung an die französische Suez vergeben, die sich in Frankreich in Paris u.a. Städten mit der Wasserversorgung befasst, grosse Erfahrung auf diesem Gebiet hat und ein kapitalkräftiges Unternehmen darstellt. Die Tarife für Wasser wurden in Dollar festgesetzt und sollten gelegentlich nach gewissen Kriterien berichtigt werden. Sie lagen etwas über denjenigen, die unter staatlicher Regie galten; aber die Wasserrechnung ist ohnehin niedrig, so dass sich kein Problem stellt, wie es bei der Stromrechnung der Fall ist.

Bei neuen Anschlüssen wurde ursprünglich bestimmt, dass ein fester Betrag als Beitrag zur Investitionen zu zahlen sei. Das Unternehmen konnte dies jedoch nicht kassieren, so dass das System nachträglich geändert wurde, und ein Zusatztarif auf den normalen Tarif verhängt wurde, den diejenigen zahlen, die schon Wasser erhalten. Das ist ein solidarisches System, dass sich auf dem Konzept gründet, dass diese Haushalte und Unternehmen die Investitionen, dank derer sie die Wasserversorgung geniessen, auch nicht gezahlt haben, so dass es gerecht erscheint, wenn sie zur Versorgung derjenigen beitragen, die kein Leitungswasser erhalten.

Abgesehen von dieser Investitionen zur Erweiterung des Netzes, wurden hohe Beträge in die Verbesserung und Erneuerung der Anlagen investiert, um den Dienst zu sichern und die Qualität des Wassers den international und auch in Argentinien bestehenden Normen anzugleichen. Dabei wurde auch viel neue Technologie verwendet. So wurde z.B. in eine grosse Röhre im Stadteil Belgrano, unter der Strasse La Pampa und bis zum Stadtteil Villa Urquiza, über 4 km ein Poliäthylenschlauch in die Eisenröhre eingefügt, der dann aufgeblasen wurde, womit der Rost und die Defekte der Leitung dem Trinkwasserzufluss nicht mehr schaden und die Röhren aus Gusseisen erhalten werden.

Als der Peso im Januar 2002 abgewertet wurde, wurden die Tarife für die Wasserver- und Entsorgung in Pesos zum Kurs von eins zu eins festgesetzt. Das führte dazu, dass das Unternehmen eine Schuld von U$S 700 Mio., die es im Ausland aufgenommen hatte, um die hohen Investitionen zu finanzieren (denn die Kunden finanzierten nur einen Teil der Erweiterung, nicht aber alle anderen Investitionen) und für die die Muttergesellschaft haftet, nicht mehr bedienen konnte und die Instandhaltung und Reparatur des Dienstes auf ein Minimum herabsetzten musste. Ein gut funktionierendes System der Wasserwirtschaft war mit einem Schlag zerstört worden. Am 28.6.02 reichte die französische Suez Klage beim Schiedsgereicht der Weltbank ICSID (auf spanisch CIADI) ein, wegen Vertragsbruch und dem schweren Schaden, den das Unternehmen erlitten hat. Die Regierung will, dass das Unternehmen die Klage zurückzieht, als Bedigung für die Gewährung von Tariferhöhungen; doch bisher ist die Firma auf diese Erpressung nicht eingegangen, sondern hat nur verfügt, dass sie die Klage nicht vorantreiben werde, solange Verhandlungen im Gang seien.

Es gab dann geringfügige Tariferhöhungen, wobei das Unternehmen als Gegenleistung bestimmte Investitionen durchführte. Das wurde durch ein provisorisches Abkommen festgelegt, dass Ende 2004 abgelaufen ist. Seither besteht wieder ein völlig unbestimmter Zustand, bei dem das Unternehmen keine Rahmenordnung hat, die die Bedingungen für seine Tätigkeit festsetzt .

Die Firma fordert zunächst eine Tariferhöhung von 60%, womit die Tarife in Dollar immer noch weit unter denjenigen der Konvertibilität liegen würden. In diesem Fall muss berücksichtigt werden, dass das Unternehmen die Zinsen und Amortisationen auf Dollarkredite in Dollar zahlen muss. Die Regierung ist angeblich bereit, Tariferhöhungen von 16% bis 20% zuzulassen, aber nicht für kleinere Haushalte, die den grössten Teil des Wasserkonsums darstellen, so dass die Erhöhung im Durchschnitt minimal wäre. Als

Gegenleistung fordert die Regierung unmittelbare Investitionen für $ 240 Mio. Somit blieb auf alle Fälle die Frage der grossen Schuld des Unternehmens, die sich seit über drei Jahren im Defaultzustand befindet, un-gelöst.

Präsident Kirchner trägt sich mit dem Gedanken der Rückverstaatlichung des Unternehmens, wobei ihn seine Montonero-Berater wohl in diesem Sinn beeinflussen. Die Riesenbusse von insgesamt $ 62 Mio., die gegen das Unternehmen verhängt wurde ist ein deutlicher Schritt in diese Richtung. Juristisch hat diese Busse keinerlei Rechtfertigung, da das Unternehmen nicht verpflichtet ist, die Wasserversorgung in Spitzenmomenten sicher zu stellen. Wenn es sehr heiss ist, wird allgemein mehr Wasser verbraucht, so dass diejenigen, die an der Leitung vorher kommen, kein Wasser für diejenigen übrig lassen, die weiter entfernt sind. Ausserdem wurde der Vertrag im Januar 2002 von der Regierung einseitig gebrochen; wenn die Tarife, die im Konzessionsvertrag verpflichtet wurden, nicht eingehalten werden, verliert der ganze Vertrag seine Gültigkeit. Denn Investitionen sind an Tarife gebunden.

Nun sind die Fronten in der Regierung geteilt. Politisch denkende Mitarbeiter des Präsidenten meinen, eine Verstaatlichung, durch kalte Enteignung, also Aufhebung der Konzession ohne Entschädigung wegen angeblichen Verschuldens des Unternehmens, sei nicht zu empfehlen, da dann die Verantwortung für Mängel des Dienstes direkt auf Präsident Kirchner zukomme und er nicht mehr die Möglichkeit hat, sie auf das Unternehmen abzuschieben, wie es seinen Gepflogenheiten entspricht. Ausserdem würden diese Mängel dann zunehmen, da der Staat nicht in der Lage ist, das Unternehmen angemessen zu betreiben. Wirtschaftsminister Lavagna ist als Pragmatiker, der er ist, gegen eine Verstaatlichung, weil er weiss, dass dann sofort Forderungen nach staatlichen Zuschüssen auf ihn zukommen.

Ausserdem ist er sich der Tatsache bewusst, dass dieser Fall von der französischen Regierung aufgenommen wurde, wobei Frankreich zu den G7 gehört, die faktisch im IWF die Entscheidungsmacht haben. Mehrere französische Unternehmen haben sich schon zurückgezogen und dabei Federn gelassen: die Banken Credit Agricole und jetzt die Societé Generale; dann ist die französische Telecom aus der lokalen Telecom ausgestiegen (sie hat ihr Aktienpaket an die Wertheim-Gruppe verkauft). Ebenfalls kontrolliert die staatliche Electricité der France die locale Edenor, bei der auch ein Megakonflikt besteht.

Am Donnerstag traf sich Präsident Kirchner mit dem französischen Präsidenten Chirac in Paris. Die Konflikte mit Frankreich sind zu mannigfaltig und bedeutend, als dass Chirac sie übergehen konnte. Es geht um weit mehr als die Interessen der geprellten Sparer, die argentinische Staatspapiere gekauft haben, von denen Frankreich viel weniger als Italien u.a. Länder hat. Frankreich kann eine kalte Enteignung seiner Unternehmen in Argentinien, die Riesensummen investiert und gute Arbeit geleistet haben, einfach nicht dulden. Auch der französischen Reisgerung geht die Geduld aus, gegenüber einer argentinischen Regierung, die nicht die geringsten Anzeichen guten Willens gezeigt hat.

Die bevorstehende Rekordernte

Die Stiftung „Producir conservando“ und das Studieninstitut des Landwirtschaftsverbandes „Sociedad Rural Argentina“ schätzen die Gesamternte von Getreide und Ölsaat im Erntejahr 2004/05 auf rund 80 Mio. t, gegen nur 68 Mio t 2003/04 und einem bisherigen Rekord von 71 Mio. t 2002/03. Die normalen Ernten vor der Menem-Regierung lagen mit wenigen Ausnahmen unter 40 Mio. t. Diese Zahlen werden durch die Tatsache unterstützt, dass die Weizenernte beendet worden ist und die mit Mais, Soja u.a. Arten gesäten Flächen sich in gutem Zustand befinden.

Es wurde nicht nur mehr ausgesät als im Vorjahr, sondern es hat allgemein ausreichend geregnet. Abgesehen davon geht der technologische Fortschritt unaufhaltsam weiter, der in der Verwendung von genetisch verändertem Saatgut, zunehmender Düngung und besseren Anbaumethoden besteht, wobei hier die „direkte Ausaat“ hervorsticht, eine Technik, in der Argentinien weltweit führend ist, bei der der Boden nicht gepflügt wird, sondern Rillen gezogen werden, in die das Saatgut und eventuell Düngemittel eingegeben werden. Dadurch werden die Feuchtigkeit des Bodens und der Humus erhalten. Schliesslich haben sich auch die hohen Käufe von Schleppern u.a. landwirtschaftlichen Maschinen ausgewirkt, die einen Rekord erreicht haben. Wenn diese Kapitalgüter nicht zu einer höheren und billigeren Produktion beitrügen, hätten sie keinen Sinn.

Bei Weizen wird mit 16,5 Mio. t gerechnet, bei Mais etwa ebenso viel und bei Sonneblumen über 3 Mio. t. Das ergibt 36 bis 37 Mio. t. Sojabohnen ergeben noch einmal so viel. Die fehlenden 7 Mio. t entfallen im Wesen auf Sorghum, Reis, Gerste, Roggen, Erdnüsse und Baumwollsamen. Bei Weizen fiel auf, dass dieses Jahr Erträge von 6.000 kg pro Hektar erreicht wurden, womit wir uns den höchsten Erträgen der Welt nähern. Dennoch sind die Erträge im allgemeinen niedriger, was nicht nur darauf zurückzuführen ist, dass in Argentinien nicht überdüngt wird, wie es in der EU der Fall ist, sondern darauf, dass viele Landwirte gegenüber dem allgemeinen technologischen Fortschritt zurückgeblieben sind. In Argentinien war seit jeher der grosse Ertragsunterschied unter Landwirten, die unter gleichen Bedingungen tätig sind, auffallend gross, was weder in den USA noch in der EU der Fall ist. Diese Differenz nimmt immer mehr ab, besteht aber immer noch.

Das Institut der „Sociedad Rural Argentina“ weist darauf hin, dass trotz dieses phänomenalen Mengensprunges, der Gesamtwert der Ernte mit $ 26 Mrd. um $ 5,2 Mrd. unter dem Vorjahr liegen werde. Der Preis vor Weizen sei um 37% niedriger, von Sojabohnen um 30% und von Mais um 29% niedriger. Das ist eine Folge der hohen Ernten, die weltweit erwartet werden. Dennoch ist es für eine Preisprognose verfrüht, da die Ernten in der nördlichen Halbkugel von den Wetterbedingungen im Frühling und im Sommer abhängen. Bei der allgemeinen Klimawandlung des Planeten Erde ist die Gefahr von Dürren, Überschwemmungen und Stürmen wesentlich grösser geworden. Andererseits wächst China weiter, und muss somit mehr Getreide und Ölsaat kaufen, umso mehr, als dort die landwirtschaftliche Fläche wegen Wassermangels und Verstädterung zurückgeht und ausserdem auf arbeitsintensive Landwirtschaft übergegangen wird (Gemüseanbau, Schweinezucht u.s.w.) um einer hohen unproduktiv beschäftigten Bevölkerung eine echte Arbeit zu geben. Schliesslich ist es möglich, dass die neue Landwirtschaftspolitik der Europäischen Union, die ab dem 1. Januar begonnen hat, ihre erste Wirkung zeigt, mit weniger Produktion und mehr Importen. Der Pessimismus des Institutes der SRA über die Preisentwicklung scheint übertrieben zu sein. Vielleicht ist es zum Teil auch Zweckpessimismus, nämlich, um auf die Regierung im Sinn der Verringerung der Exportsteuern einzuwirken.

In Landwirtschaftskreisen ist eine gewisse Sorge über die Möglichkeit, die ausserordentlich hohe Ernte zu lagern, zu transportieren und zu exportieren aufgekommen. Indessen besteht eine hohe Lagerungskapazität, die bei einer normalen Rotation der Bestände ausreichen sollte. Ausserdem wurde in den letzten Jahren eine sehr wirtschaftliche Lagerungstechnologie entwickelt, bestehend aus Schläuchen aus dickem Poliähtylen von etwa einem Meter Durchmesser, die auf dem Land mit Getreide oder Ölsaat gefüllt und hermetisch verschlossen werden. Dieses Jahr wurden mehr Schläuche gekauft als im Vorjahr.

Was den Transport betrifft, kann es in Spitzenmomenten Engpässe bei Lastwagen geben. Aber es besteht eine grosse unausgenutzte Kapazität bei den Frachteisenbahnen, die eben intensiver verwendet werden müssen. Die Landwirte haben sich in den letzten Jahrzehnten an den Lastwagen gewöhnt, auch wenn die Eisenbahnfracht billiger ist, wobei sie in diesem Fall eben umladen müssen, was sie als umständlich empfinden.

Schliesslich besteht überhaupt kein Problem bei der Verschiffung. Seit der Privatisierung, und vollen Deregulierung der Hafentätigkeiten, einschliesslich der Arbeitsbestimmungen, die die Menem Regierung zügig vollzogen hat, hat sich die Verladungskapazität explosiv erhöht. Die Verschiffungszeiten sind auf einen Bruchteil der früheren gesunken. All dies ist auch mit einer Verbilligung verbunden, wobei noch hinzukommt, dass Argentinien damals auf Initiative von Wirtschaftsminister Cavallo aus den sogenannten „Frachtenkonferenzen“ ausgetreten ist, die internationale Kartelle zweck Festsetzung überhöhter Frachtraten bilden. Somit ist die Differenz zwischen dem Preis auf dem Landwirtschaftsbetrieb und dem Bestimmungshafen im Ausland, ab-

gesehen von den Exportsteuern, stark gesunken, was den Landwirten zum Vorteil gereicht ist.

Was die Exportsteuern betrifft, sind sie in Zusammenhang mit einem sehr hohen realen Wechselkurs zu beurteilen, was bedeutet, das Löhne und allerlei Kostenelemente der Landwirte in Dollar ausgedrückt, durch die Abwertung von 2002 stark verringert wurden. Nur Düngemittel u.a chemische Produkte für die Landwirtschaft sind relativ teurer geworden, weil sie in Dollar berechnet werden, während die Produkte im Ausmass der Exportsteuer in Dollar billiger sind. Aber gesamthaft ist die Rechung für den Landwirt immer noch günstiger als zur Zeit der Konvertibilität, wobei auch nicht vergessen werden sollte, dass vielen Landwirten, die sich stark in Dollar verschuldet hatten, mit der Pesifizierung eins zu eins, zwei Drittel ihrer Dollarschuld geschenkt wurde. Das war eine Förderungsmassnahme, die wohl auch zur Rekordernte beigetragen hat.